



SEPTEMBER 2024

**CENTRAL
MEDITERRANEAN
INFO**

ANKÜNFTE

Im September 2024 erreichten laut Daten von [borderline-europe](#) 7.595 Menschen Italien über See. Die meisten Geflüchteten (77%) kamen in Sizilien - vor allem auf Lampedusa - an. Allerdings gab es auch einige Ankünfte in Kalabrien über die ionische Route (11%), meistens mit Abfahrtsort Türkei. Außerdem erreichten einige Boote Sardinien (2%) über die algerische Route. Auffällig ist, dass es mit rund 53% wieder vermehrt Abfahrten aus Libyen gibt, im Vergleich dazu liegen die Abfahrten aus Tunesien in diesem Monat bei 15%. Die italienischen Behörden retteten nach unseren Zählungen knapp 36% der Angekommenen, wohingegen die Rettungen durch NGO-Schiffe knapp 13% ausmachten. Laut den Daten von [borderline-europe](#) war Frontex im September an rund 1% der Rettungen beteiligt. 8% der Geflüchteten erreichten autonom die italienischen Küstengewässer (12 Seemeilen vor der Küste), ohne vorher abgefangen oder gerettet zu werden. Bei 42% der Ankünfte lagen keine Informationen zur Rettung vor. Laut den offiziellen Zahlen des italienischen Innenministeriums sind im September 7.685 Menschen in Italien angekommen.

WEGE NACH EUROPA

Immer wieder ist zu beobachten, dass die europäischen Behörden ihrer Verantwortung zur Seenotrettung nicht nachkommen oder Rettungseinsätze viel zu spät erfolgen. Auch wird oft versucht, die Zuständigkeit für die Rettung auf andere Länder abzuwälzen. Währenddessen befinden sich die Menschen meistens schon seit mehreren Tagen auf See, haben weder Nahrung noch Wasser und treiben ohne Treibstoff auf dem offenen Meer.

Um die Seenotrettung besser zu koordinieren, gibt es SAR Zonen (Search and Rescue Zone). [SAR Zonen regulieren](#), welcher Staat die Koordinierung und Leitung der Seenotrettung übernehmen muss, sowie, dass die Menschen in einen sicheren Hafen zu bringen sind. Was schnellere Reaktion und Zusammenarbeit impliziert, sieht in der Realität leider ganz anders aus. Oft werden SAR Zonen von Staaten als Ausrede dafür genutzt, um eben nicht eingreifen zu müssen. So geschah es auch kürzlich, als das Alarm Phone ungefähr [50 Menschen in Seenot](#) meldete. Anstatt eine Rettung einzuleiten, kommentierte Italien, die Verantwortung liege bei Malta. Doch auf die Anrufe des Alarm Phones reagierte Malta nicht. Ein letztes Update durch das Alarm Phone erfolgte am 26. September: Kinder auf dem Boot seien bereits ohnmächtig gewesen, es habe keinen Treibstoff mehr gegeben, ebenso wenig wie Wasser und Nahrung, zudem sei Wasser ins Boot eingedrungen. Was mit diesen Menschen passierte, bleibt unklar, jedoch steht fest, dass sie nicht gerettet wurden.

In [einem Beitrag auf X](#) kommentierte die Journalistin Angela Caponnetto kritisch, wie über einen kürzlichen Schiffbruch vor Lampedusa berichtet wurde. Dieser ereignete sich klar in italienischen Gewässern und nicht wie hier geschrieben "[10 miles south-west of Lampedusa in Libyan waters](#)". Von Territorialgewässern spricht man bei einer Distanz von bis zu 12 Seemeilen, ab 12 Seemeilen jedoch handelt es sich ggf. um angrenzende und vor allem internationale Gewässer. Da sich der Schiffbruch allerdings 10 nautische Meilen südwestlich von Lampedusa ereignete, ist der Zuständigkeitsbereich klar festzustellen, in diesem Fall Italien. Doch auch hier reagierten die italienischen Behörden viel zu spät (s. Kapitel Tote und Vermisste).

Gericht Crotone: Die sog. libysche Küstenwache rettet nicht

Einen sehr interessanten Artikel verfasste [Andreina De Leo](#), die am Lehrstuhl für Europarecht an der juristischen Fakultät der Universität Maastricht arbeitet. In ihrem Projekt „Die sich verschiebenden Grenzen der EU - EU's Shifting Borders - Überprüfung der Externalisierung von Migrationsmanagement und internationaler Schutzverantwortung“ stellt sie mit ihren Ausführungen klar, welchen Einfluss das Urteil des Gerichts von Crotone (Kalabrien) zur Festsetzung des Seenotrettungs-NGO-Schiffes Humanity 1 auf die Finanzierung der so genannten libyschen Küstenwache haben könnte. Mehr als 500 Millionen Euro sind Libyen als Hilfen in den Jahren 2015 – 2027 zugestanden worden, die mittels des Memorandum of Understanding (MoU) zwischen Italien und Libyen dorthin transferiert werden. Nun hat das Gericht in Crotone festgelegt, dass Libyen kein sicherer Hafen für Menschen auf der Flucht ist. Des Weiteren sei die sog. libysche Küstenwache nicht befähigt, Seenotrettungsmissionen durchzuführen, da ihr Vorgehen nicht den geforderten Standards nach den Seenotrettungskonventionen entspricht. Demnach habe auch die Humanity 1 nicht auf die Befehle der sog. libyschen Küstenwache hören müssen, da diese keine Seenotretter seien, sondern bewaffnete Einheiten, die bei der „Rettung“ sogar Schüsse abgeben. Dieses Nichtbefolgen der Anweisungen war der Humanity 1 jedoch zum Vorwurf gemacht worden, weshalb das Schiff den Regeln des sog. Piantadosi Dekretes folgend nach der erfolgten Rettung und Ausschiffung der Geflüchteten von den italienischen Behörden festgesetzt worden war. Das Abkommen zwischen Libyen und Italien (MoU) wiege jedoch nicht stärker als die internationalen Seerechtskonventionen. Es sei, so De Leo, nicht das erste Urteil dieser Art, aber eines der eindeutigsten. Seit dem sog. Hirsi-Urteil von 2012, das die Push-Backs aus EU-Staaten in einen unsicheren Hafen wie Libyen verbiete, habe man in der EU versucht, Methoden zu finden, um sich die Hände nicht selbst schmutzig machen zu müssen. Dies geschehe „durch die Anwendung einer Form der Externalisierung“, die als „berührungslose Kontrolle“ definiert wurde. Das bedeutet eine vollständige Auslagerung von Grenzkontrollfunktionen in ein Drittland, um sicherzustellen, dass Grundrechtsverletzungen geografisch weit von der eigenen Gerichtsbarkeit entfernt stattfinden. Die Tätigkeiten der EU-Staaten sollen sich auf die Bereitstellung von finanzieller und technischer Unterstützung beschränken ([Violeta Moreno-Lax 2020](#)).

Doch wie die vor dem Urteil des Gerichtshofs von Crotone ergangenen italienischen Urteile zeigen, sind die seit 2012 unveränderten Bedingungen in Libyen so schlecht, dass eine Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache rechtswidrig ist, wenn eine direkte Verbindung mit den libyschen Behörden hergestellt werden kann (z. B. durch die Übergabe von Personen an die libysche Küstenwache). Das überaus positive Urteil aus Crotone wird jedoch nicht direkt dazu führen, dass die Finanzierungen Libyens durch die EU enden. „Das Crotone-Urteil widerspricht ausdrücklich der Rhetorik, mit der sowohl die Kommission als auch die italienischen Behörden ihre anhaltende Unterstützung für Libyen rechtfertigen. Es könnte zwar zu einer Stärkung der Argumente gegen die Unterstützung Libyens beitragen und zu juristischen Siegen in einzelnen Gerichtsverfahren führen, aber es wird ggf. nicht ausreichen, um eine Änderung der Politik zu erwirken. Die Tatsache, dass es für Einzelpersonen praktisch unmöglich ist, die Verwendung von EU-Mitteln in diesem Bereich anzufechten, stellt ein Problem für das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf dar, wenn die missbräuchliche Verwendung von Mitteln schwerwiegende und systematische Grundrechtsverletzungen ermöglicht. Zudem wird auch die allgemeinere Frage aufgeworfen, ob es in der EU derzeit ausreichende Mechanismen gibt, um eine wirksame Überwachung und Kontrolle der öffentlichen Ausgaben zu gewährleisten.“

PUSH – UND PULLBACKS

In diesem Monat wurden laut unseren Zählungen 3.410 Menschen im Mittelmeer abgefangen und zurückgeschleppt. 3.066 Menschen wurden nach Libyen intercepted – nach Tunesien wurden 344 Menschen zwangsweise zurückgeschickt. Diese Zahlen sind ohne Gewähr, da die Dunkelziffer wahrscheinlich weitaus höher liegt. So erfahren wir nur von Interceptions, wenn sie zum Beispiel von NGO Schiffen oder Monitoring Flugzeugen direkt beobachtet werden, oder vom Alarm Phone oder anderen unabhängigen Quellen an die Öffentlichkeit kommen. Die vom italienischen Innenministerium diesen Monat veröffentlichten Zahlen geben Anlass zur Beunruhigung: So sollen im Zeitraum von Januar bis September diesen Jahres von der sog. libyschen Küstenwache 16.220 Interceptions durchgeführt worden sein, und 61.515 von der sog. tunesischen Küstenwache. Zum Vergleich haben wir entsprechend 21.189 Interceptions nach Libyen und 12.796 Interceptions nach Tunesien verzeichnet. Damit zählt das Innenministerium circa das fünffache an Pullbacks nach Tunesien. Diese Diskrepanz der Zählung lässt die Zugänglichkeit der tatsächlichen Daten mehr als zweifelhaft erscheinen. Für die Interceptions nach Libyen zählten wir deutlich mehr als das Innenministerium. Auch unsere Zählungen sind wie immer ohne Gewähr, da Doppelzählungen nicht ausgeschlossen werden können. Trotzdem kann auch hier die Frage gestellt werden, wie transparent die Zahlen für die Öffentlichkeit sind.

Mediterranea Saving Humans ist eine Organisation, die sich schon lange für die Rechte von Menschen einsetzt, die illegal nach Libyen gebracht wurden. Auf die [Veröffentlichung der Interceptions nach Libyen](#), die in dem Post des Innenministers Piantedosi als Erfolg dargestellt werden, reagiert sie klar und deutlich: [Mediterranea Saving Humans leitete einen Post](#) von Piantedosi an den Ankläger des Europäischen Gerichtshof Karim Ahmad Khan weiter, der bereits gegen die Pullbacks durch die sog. libysche Küstenwache ermittelt. So sollen bereits [internationale Haftbefehle vorliegen](#), von denen sich einer unter anderem gegen den Milizenführer und Kommandeur einer der sog. libyschen Küstenwachen Bija gerichtet hätte, der vor einigen Wochen getötet wurde und als Schlüsselfigur der Festsetzung von Menschen fungiert haben soll.

Immer wieder ist zu beobachten, dass sich die italienische Regierung für ihre Zahlen feiert. Sei es, wenn sie von einem allgemeinen Rückgang der Ankünfte spricht (vgl. CMI August) oder wie diesen Monat, wenn Piantedosi Pullbacks nach Libyen als Rettungen bezeichnet und die Zusammenarbeit zwischen Italien und den verschiedenen Herkunftsländern lobt. Mit einer solchen Darstellung versucht die italienische Regierung ihre Verantwortung und Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen zu verschleiern und als positiven Effekt ihrer Migrationspolitik zu verkaufen. Leider folgt ihr auch die EU, die bisher nicht von Abkommen mit Libyen und Tunesien absieht, obwohl die Menschenrechtsslage in beiden Ländern ausreichend als problematisch bekannt ist.

Sog. libysche Küstenwache bedroht NGO-Schiffe

Im September bedrohte die sog. libysche Küstenwache NGO-Schiffe bei verschiedenen Einsätzen. So geschehen am [19. September 2024](#), als die Geo Barents (MSF) gerade dabei war, eine Rettung abzuschließen, die mit dem MRCC, der Seenotrettungsleitstelle in Rom, koordiniert worden war, und drohte mit Schüssen. Am [23. September 2024 dokumentierte die SeaBird](#), das Aufklärungsflugzeug von Sea-Watch, wie die sog. libysche Küstenwache auf ein Boot mit Geflüchteten schoss, welches aus Libyen kam. Auch Frontex war laut Berichterstattung von Sea-Watch vor Ort. Der spanische Journalist José Antonio Bautista García war mit an Bord der SeaBird und verfolgte die Geschehnisse. Er vermutet, dass es Frontex war, das die sog. libysche Küstenwache über den Standort des Bootes informierte. Auch bei einem [Alarm Phone Fall vom 22. September 2024](#), ist davon auszugehen, dass es sich um einen Pushback handelt, der auf die Information von europäische Behörden zurückzuführen ist: Das Alarm Phone alarmierte sowohl die maltesische als auch italienische Küstenwache über eine Boot in Seenot mit ungefähr 35 Menschen an Bord. Obwohl sich ein Rettungsschiff in der Nähe befand, war es die sog. libysche Küstenwache, die das Boot abfing und zurück schleppte. Die Lokalisation des Bootes wäre für die sog. libysche Küstenwache ohne das Zutun der europäischen Behörden andernfalls unmöglich gewesen. Die Schiffe der libyschen Behörden werden von Europa/Italien finanziert und führen gewaltvolle Pullbacks durch, die Menschen an unsichere Häfen zurück schleppen.

Der ASSO 29-Fall

Am 02.07.2018 kam es zu einem kollektiven Pushback von 260 Migrant*innen durch verschiedene italienische Schiffe. Nachdem das Boot Zuwara von der sog. libyschen Küstenwache gekentert war, wurden die Menschen auf das italienische Schiff [Asso 29](#) überführt und auf Anordnung des italienischen Militärschiffs Caprera nach Libyen zurückgebracht. Die Caprera liegt zur Unterstützung der sog. libyschen Küstenwache im Hafen von Tripolis. Solche Rückführungen sind illegal, sodass der Fall 2023 vor Gericht kam. Letztes Jahr im Juli erhielten fünf Menschen, die es trotz des Pushbacksversuchs nach Italien geschafft hatten, eine Entschädigung von 15.000 Euro pro Person. Einer von ihnen, ein Sudanese, der jedoch in Libyen verblieben war und nach dem Pushback in Haft kam, konnte den Fall mithilfe der zwei Anwält*innen Cristina Cecchini und Loredana Leo vor ein Gericht in Rom bringen. Hier kam man zu dem Urteil, dass die Asso 29 alle Menschen an einen sicheren Hafen in Italien hätte bringen müssen. Sie befanden sich an Bord der Asso 29 auf italienischem Hoheitsgebiet, womit Italien in der Verantwortung stand, die Schiffbrüchigen vor Menschenrechtsverletzung zu schützen. Das Gericht in Rom erteilte dem Sudanesen deshalb ein Einreisevisum. Auch wenn dies ein wichtiges Urteil darstellt, kommentieren die Anwältinnen Lucia Gennari (Asgi - Vereinigung der Rechtsstudien im Bereich der Migration) und Ginevra Maccarone (Verteidigungsteam) zurecht, dass die Argumentation der Verletzung staatlicher Pflichten „für alle Fälle, in denen Italien den libyschen Behörden Unterstützung bei der Durchführung von Abfangmaßnahmen anbietet“ gelten müsse.

TOTE & VERMISSTE

Im September starben nach Zählungen von [borderline-europe](#) 161 Personen im Mittelmeer und 118 Migrant*innen werden nach wie vor vermisst. Zu diesen Vermissten-Fällen gehören vor allem Boote, die Kontakt zu Alarm Phone aufnahmen, dann aber nicht mehr gefunden werden konnten. Damit ist ihr Schicksal zwar nicht bestätigt, mit großer Sicherheit wurden diese Menschen jedoch entweder heimlich intercepted und sind so der Gewalt der sog. libyschen Küstenwache ausgesetzt, oder sie starben auf See. Allein in unseren Zählungen erfassten wir diesen Monat 371 Menschen, zwar losgefahren sind, aber ihre Ankunft nicht bestätigt werden konnte.

Wir gehen außerdem von einer weitaus höheren Dunkelziffer aus, da Tote nur gezählt werden, wenn eine Leiche gefunden wurde und auch Vermisste nur dann in der Statistik auftauchen, wenn sie von Angehörigen oder Mitflüchtenden als vermisst gemeldet werden. Ein Zeugnis dafür, dass es sehr viel mehr Tote und Vermisste oder aber zumindest nach Libyen oder Tunesien zurückgezwungene Menschen geben muss, sind auch die leeren Boote, die häufig auf dem Mittelmeer gefunden und z.B. von den NGO Flugzeugen dokumentiert werden.

Ein [besonders herausstechender Fall](#) ereignete sich vor der italienischen Insel Lampedusa. Ein Holzboot mit 28 Personen an Bord war aufgrund schlechter Witterungsverhältnisse in Seenot geraten. Sieben Menschen konnten von der italienischen Küstenwache gerettet werden, 21 Menschen kamen ums Leben, unter ihnen drei Minderjährige. Das Boot war am 01. September vom libyschen Küstenort Sabrata aus in See gestochen und kenterte schließlich am 04. September 2024. Bereits zwei Tage zuvor hatte die Sea-Bird 2 den Notfall an die zuständige Behörde gemeldet, unter anderem auch an die italienische und maltesische Küstenwache. [Die Seenotrettungs-Organisation Sea-Watch](#) wirft den zuständigen Behörden deshalb nun unterlassene Hilfeleistung vor. Dieser Vorwurf begründet sich mit der Tatsache der zeitlichen Differenz zwischen der Sichtung durch die Sea-Bird und dem Kentern des Boote: ganze zwei Tage waren vergangen! Diese Annahmen decken sich ebenso mit den [Aussagen](#) der sieben Überlebenden, welche alle syrischer Herkunft sind. Unter den Toten sollen sich verschiedenen Angaben zufolge Menschen aus den Bürgerkriegsländern Syrien und Sudan befinden.

Aufgrund von Fällen wie diesen wurde auf dem [zentralen Friedhof](#) der Insel Lampedusa ein gesonderter Ort für die vielen Toten eingerichtet, welche auf der Suche nach einem menschenwürdigen Leben im Mittelmeer ums Leben kamen.

ZIVILER WIDERSTAND

Insgesamt konnten im September 961 Menschen durch NGOs gerettet werden und 547 Menschen durch diese unterstützt, indem sie beispielsweise die Boote stabilisierten oder Rettungswesten verteilten, bis die Küstenwache eintraf. Es gab 3 Mehrfachrettungen durch die Astral, die Geo Barents und die Sea Watch 5, bei der die beiden letzten NGO-Schiffe den weit entfernten Häfen Genua und Civitavecchia zugeordnet wurden.

Im September rettete die Nadir (RESQSHIP) 111 Menschen und assistierte bei verschiedenen Rettungen von insgesamt 397 Menschen. Bei einem dieser Fälle, war die Dakini schon am Ort des Geschehens und half den 70 Menschen, indem sie Rettungswesten verteilte. Die Astral war mit neun Einsätzen an der Rettung von insgesamt 377 Menschen beteiligt bzw. rettete selbst. Die Geo Barents (MSF) führte eine Mehrfachrettung mit insgesamt 209 Menschen durch, während die Mare Jonio (Mediterranea Saving Humans) am 09. September 64 Menschen rettete und nach Pozzallo, Sizilien, brachte. Die SARAH (SARAH) rettete diesen Monat 32 Menschen und die Trotamar III (Compass Collective) 33 Menschen. Die Sea-Watch rettete in vier verschiedenen Einsätzen insgesamt 288 Menschen.

Die Mare Jonio (Mediterranea Saving Humans) wurde am 17.09. nach einer Inspektion der staatlichen Hafenbehörde in der westsizilianischen Stadt Trapani festgesetzt. Hierbei wurde ebenso angeordnet, dass sämtliches Rettungsmaterial, inklusive Schlauchbooten, an Land gebracht werden mussten. [Der Knackpunkt](#) liegt in diesem Fall jedoch in einer augenscheinlich unterschiedlichen Rechtsauffassung der verschiedenen Behörden.

Während nämlich das italienische Schifffahrtsregister der Mare Jonio die Eignung zur Seenotrettung bestätigt, wird diese von der Küstenwache in Zweifel gezogen. Dieser Vorgang ereignete sich nach einer erfolgten Rettung von 64 Schiffbrüchigen, die am 09. September am Hafen von Pozzallo an Land gebracht wurden.

NGOs zwischen Fest- und Freisetzungen

Auch im September kam es wiederholt zu staatlichen Eingriffen in die Arbeit der Search-and-Rescue-Operationen verschiedener NGOs. So wurde beispielsweise die Sea-Watch 5 der gleichnamigen NGO am [03.09.2024](#) im Hafen von Civitavecchia bei Rom festgesetzt. Als fadenscheinige Begründung der italienischen Behörden wurde der Crew hierbei die Rettung ohne vorherige Erlaubnis der libyschen Stellen vorgeworfen. Zudem wurden die Behörden in Italien, Malta und Deutschland über die Rettung informiert. Nach 20 Tagen kam das Schiff [wieder frei](#), Sea-Watch ging gegen die Festsetzung juristisch vor, da sie als illegitim angesehen wird.

Das Schiff Geo Barents von der internationalen Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) wurde am 05. September 2024 in Genua [für 60 Tage festgesetzt](#) und mit einer Geldstrafe von 3.330 Euro belegt. Die Behörden warfen der Besatzung hierbei eine Missachtung des sogenannten Cutro-Dekrets vor, welches eine enge Zusammenarbeit der Rettungsschiffe mit den italienischen Behörden vorsieht. Bei der Rettung von 191 Menschen aus Libyen, welche in der Folge in den Hafen von Salerno gebracht wurden, soll genau diese Vorgabe verletzt worden sein. Die Festsetzung konnte jedoch am 11. September 2024 auf Basis eines Gerichtsbeschlusses aus Salerno beendet werden. Am 23. September wurde das Schiff jedoch erneut im Hafen von Genua festgesetzt. Diese Anordnung basiert auf zwei verschiedenen Anweisungen. Die erste begründete sich mit insgesamt [acht vermeintlichen technischen Defiziten](#), welche die Hafensicherheitsbehörde feststellte. Die andere bezog sich auf die angebliche Missachtung von Anweisungen der sog. libyschen Küstenwache, welche gegen Ende der Rettung von ca. 100 Personen am 23. September 2024 plötzlich am Ort des Geschehens auftauchte.

Dekretentwurf für NGO Flugzeuge

Laut einem neuen [Dekretentwurf](#) der Regierung Meloni sollen Piloten von Search-and-Rescue Flugzeugen, welche im Mittelmeer nach schiffbrüchigen Geflüchteten suchen, in Zukunft mit einer Strafe von bis zu 10.000€ belegt werden können. Dieses Dekret wurde vom italienischen Parlament bereits abgesegnet. Der jetzige Vorstoß reiht sich nahtlos in die bisherige Politik Melonis ein, nach welcher sie sich dazu verpflichtet, Migration zu blockieren. Im Zuge dessen plant ihre Regierung ebenso die Zusammenarbeit mit verschiedenen Regierungen afrikanischer Staaten, sowie die Eröffnung des schon jetzt berüchtigten Zentrums für beschleunigte Migrationsverfahren in Albanien. Des Weiteren erschwert die Regierung Meloni ebenso die Arbeit von NGOs, ihre Schiffe zu betreiben, indem die Anzahl von durchführbaren Rettungen begrenzt wird. Zudem werden die Boote entweder in italienischen Häfen unter fadenscheinigen Vorwürfen festgesetzt oder dazu gezwungen, weit entfernte Häfen anzusteuern, um Gerettete an Land zu bringen. Ähnliche Maßnahmen werden nun auch gegen die Flugzeuge der NGOs angewandt.

Diese müssen nun jeden Fall direkt bei den Behörden melden und sich anschließend an deren Anweisungen halten.

Sollte dies nicht geschehen, können Flugzeuge bis zu 20 Tage lang festgehalten oder im Falle von wiederholter Missachtung der Anweisung konfisziert werden. Einen ähnlichen Versuch der Einflussnahme auf die Tätigkeiten von NGO-Flugzeugen gab es bereits im Mai dieses Jahres. Hier versuchte die italienische Luftfahrtbehörde den entsprechenden Fliegern eine Nutzung von Flughäfen in der Nähe von Schifffahrtsrouten zu untersagen. Dieser Versuch wurde jedoch gerichtlich gekippt.

Salvini-Prozess und Bedrohungen von Staatsanwälten

Im in Palermo stattfindenden Prozess gegen den aktuellen italienischen Minister für nachhaltige Infrastruktur und Mobilität und damaligen Innenminister Matteo Salvini wegen der verhinderten Anlandung der Open Arms im Jahre 2019 forderte die Staatsanwaltschaft am 14. September [sechs Jahre Haft](#). Die Staatsanwältinnen Marzia Sabella, Gery Ferrara und Giorgia Righi sahen sich seither [massiven Anfeindungen](#) und Bedrohungen ausgesetzt. Die Generalstaatsanwältin von Palermo, Lia Sava, alarmierte daraufhin die für öffentliche Sicherheit zuständigen Stellen. [Salvini ließ währenddessen verlautbaren](#), dass er selbst im Falle einer Verurteilung nicht daran denken würde, zurückzutreten. Durch diese Ereignisse ist die richterliche Unabhängigkeit und dadurch die Gewaltenteilung in Italien in starke Gefahr geraten. Diese Tatsache stellt dabei auch eine Beeinträchtigung der Demokratie im drittgrößten Staat der EU dar.

Kontakt:

Sitz Palermo
borderline-europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de

